

Mit der vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen im Jahre 1952 herausgegebenen Dokumenten-Sammlung „Unrecht als System“ wandte sich der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen an das Rechtsgewissen der Welt. Besonders überzeugend wirkte, daß keine propagandistische Darstellung, sondern nur Tatsachenmaterial vorgelegt wurde. Verbunden mit dem Internationalen Juristen-Kongreß, der im Sommer 1952 in Berlin tagte, wurde durch unsere Dokumenten-Sammlung ein weltweites Gespräch an der Front des Rechts in Gang gebracht, das von den Juristen aller Länder aufgenommen wurde.

Neue unerhörte Verstöße gegen die fundamentalen Rechtsprinzipien sind inzwischen begangen worden. Sie verpflichten uns, wiederum an die Weltöffentlichkeit zu appellieren. Wir haben nicht die Absicht, eine politische Idee oder eine Wirtschaftskonzeption anzugreifen. Auseinandersetzungen auf diesem Gebiet sind Aufgaben der Politiker. Die Mißachtung der Menschenrechte in Mitteldeutschland aber können wir nicht schweigend hinnehmen, denn die Rechtsnot hält unverändert an.

Mochten in Kenntnis der ersten Dokumenten-Sammlung manche noch glauben, es handele sich um eine Übergangserscheinung, wie sie bei Umwälzungen in Staat und Gesellschaft in den ersten Phasen der Entwicklung regelmäßig auftreten, so zeigen die neuen Fälle, daß auch in den letzten zwei Jahren die Herrscher der Zone auf dem Wege des Unrechts immer weiter fortschreiten.

Daher muß von einem „Unrecht als System“ gesprochen werden. Die politischen Ziele werden erstrebt ohne Rücksicht auf die Grenzen, die in einem Rechtsstaat das Recht auch dem Herrschenden setzt. In der Zone herrscht nicht etwa ein anderes Rechtssystem; es fehlt vielmehr am Rechtsstaat, weil das Regime die Grundrechte der Menschen mißachtet und sich damit außerhalb dessen stellt, was im Völkerrecht als Grundprinzip einer Rechtsordnung anerkannt wird.

Die Machthaber der Zone mißachten die einfachsten menschlichen Rechtsgüter der persönlichen Freiheit, der Gewissensfreiheit, der Glaubensfreiheit und des Eigentums. Gesetztes Unrecht tritt an die Stelle des Rechts, auch wenn es äußerlich sich zum Teil noch in Formen zeigt, die rechtsstaatlich wirken sollen. Selbst die eigene Verfassung wird planmäßig verletzt. Das Recht auf freie Meinungsäußerung steht nur auf dem Papier. Erschreckend ist der Einbruch des Unrechts-Systems in die Justiz. Die Unabhängigkeit der Richter ist praktisch beseitigt. Allein beim Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen sind bei einem Planbestand von 1050 Richtern und 350 Staatsanwälten 946 Juristen registriert, die auf Grund politischer Gefährdung die Sowjetzone als Flüchtlinge verlassen mußten. Es gibt kein Gericht in der Sowjetzone, das seit 1945 die gleiche Richterbesetzung aufweist, dagegen aber zahlreiche, in denen heute schon die fünfte oder sechste Garnitur tätig ist. Die Anwälte werden unter Druck